

Schnellübersicht

Vorwort	24	
Abkürzungsverzeichnis	25	
Materielle Grundlagen des Zuwendungsrechts	29	I
Das Verwaltungsverfahren bei Zuwendungen	109	II
Einzelfragen	363	III
Literaturverzeichnis	453	IV
Stichwortverzeichnis	456	V

Gesamtinhaltsübersicht

Vorwort	24
Abkürzungsverzeichnis	25
I. Materielle Grundlagen des Zuwendungsrechts	29
1. Zuwendungen als staatliche Gestaltungsinstrumente und Ausdruck von Subsidiarität	32
1.1 Staatspolitische Bedeutung von Zuwendungen	33
1.2 Unterstützungs- und Anreizfunktion	34
1.3 Vorteile von Zuwendungen für die öffentliche Hand	34
1.4 Finanzielle Bedeutung von Zuwendungen	35
1.5 Handlungsfelder von Bund, Ländern und Gemeinden	36
1.6 Vom Geben und Nehmen der öffentlichen Hand	38
2. Das Regelungssystem des Zuwendungsrechts	39
2.1 Homogenität des Zuwendungsrechts von Bund und Ländern	40
2.2 §§ 23 und 44 Abs. 1 BHO/LHO als Ankernormen	41
2.3 Weitere gesetzliche Regelungen des Zuwendungsrechts	42
2.4 Allgemeine Verwaltungsvorschriften	43
2.5 Besondere Verwaltungsvorschriften	45
3. Ressortspezifische Förderrichtlinien	46
3.1 Funktion von Förderrichtlinien	47
3.2 Erlass von Förderrichtlinien	48
3.3 Bekanntmachung von Förderrichtlinien	50
3.4 Rechtscharakter von Förderrichtlinien	50
3.5 Bezugnahme auf Förderrichtlinien in Zuwendungsbescheiden	53
3.6 Keine richterliche Interpretation von Förderrichtlinien	55
3.7 Der Grundsatz vom Vorbehalt des Gesetzes bei Zuwendungen	55
4. Der Zuwendungsbegriff	57
4.1 Der Zuwendungsbegriff im Regelwerk	57

4.2	Vier wesentliche Merkmale von Zuwendungen	59
4.3	Abgrenzung von Zuwendungen gegenüber öffentlichen Aufträgen	60
4.4	Abgrenzung von Zuwendungen und Subventionen, Subventionsbetrug	62
5.	Der Zuwendungszweck	64
5.1	Zwei Komponenten	65
5.2	Gegenständlicher Zweck	65
5.3	Förderziel	66
5.4	Zusammenhang von gegenständlichem Zweck und Förderziel	66
6.	Das erhebliche staatliche Interesse als Fördervoraussetzung	68
7.	Der Grundsatz der Subsidiarität	69
7.1	Gesellschaftspolitische Bedeutung	70
7.2	Übertragung auf das Zuwendungsrecht	71
8.	Die Zuwendungsarten	73
8.1	Zuwendungsarten	73
8.2	Projektförderung	74
8.3	Institutionelle Förderung	75
8.4	Abgrenzungsmerkmale von Projektförderung und institutioneller Förderung	77
8.5	Projektförderung neben institutioneller Förderung	78
8.6	Omnibusprinzip und quasi-institutionelle Förderung	79
9.	Die Finanzierungsarten	81
9.1	Finanzierungsarten	81
9.2	Fehlbedarfsfinanzierung	82
9.3	Anteilfinanzierung	83
9.4	Festbetragsfinanzierung	85
9.5	Vollfinanzierung	89
9.6	Übersicht über die Finanzierungsarten	91

10.	Die Finanzierungsformen	92
10.1	Finanzierungsformen	93
10.2	Unbedingt rückzahlbare Zuwendungen	93
10.3	Bedingt rückzahlbare Zuwendungen	95
10.4	Nicht rückzahlbare Zuwendungen	96
10.5	Abgrenzung Rückzahlbarkeit von Erstattung	96
11.	Veranschlagung von Zuwendungen im Haushaltsplan	97
11.1	Ermächtigungsgrundlage für die Gewährung	98
11.2	Ausgabengruppe nach der Haushaltssystematik	99
11.3	Veranschlagung von Projektförderungen	99
11.4	Veranschlagung von institutionellen Förderungen	100
11.5	Veranschlagung von Zuwendungen für Baumaßnahmen, größere Beschaffungen und Entwicklungsvorhaben	107
11.6	Prüffragen für die Veranschlagung von Zuwendungen im Haushaltsplan	108
II.	Das Verwaltungsverfahren bei Zuwendungen	109
1.	Verfahrensrecht bei Zuwendungen	120
1.1	Materie des öffentlichen Rechts	120
1.2	Geltung des Verwaltungsverfahrensgesetzes	121
1.3	Haushaltsrechtliche Verfahrensvorgaben	122
2.	Die Phasen des Zuwendungsverfahrens	122
3.	Der Zuwendungsantrag	123
3.1	Allgemeines	124
3.2	Elektronische Antragstellung	125
3.3	Mindestbestandteile eines Antrags zur Projektförderung	126
3.4	Mindestbestandteile eines Antrags zur institutionellen Förderung	127
3.5	Allgemeiner Antragsvordruck	127
3.6	Beispiel für einen allgemeinen Antragsvordruck – Projektförderung – Zuwendungsantrag	128

4.	Die fachliche Unterlage des Zuwendungsantrags	133
4.1	Projektbeschreibung oder Arbeitsplan	133
4.2	Projektbeschreibung bei Projektförderungen	135
4.3	Arbeitsplan bei institutionellen Förderungen	135
4.4	Beispiel für die Struktur einer Projektbeschreibung anhand der vier „W-Fragen“	136
5.	Die monetäre Unterlage des Zuwendungsantrags	138
5.1	Finanzierungs- oder Wirtschaftsplan	139
5.2	Finanzierungsplan bei Projektförderungen	139
5.3	Kalkulationsgrundlagen	140
5.4	Sperren	141
5.5	Verknüpfung von Finanzierungs- und Meilensteinplan	141
5.6	Finanzierungsübersicht	142
5.7	Wirtschaftsplan bei institutionellen Förderungen	143
5.8	Beispiel für einen Finanzierungsplan	145
5.9	Beispiel für eine Verknüpfung von Arbeitspaketen (AP) und Finanzierung	146
6.	Zuwendungsfähige Ausgaben	147
6.1	Begriff der zuwendungsfähigen Ausgaben	147
6.2	Bewilligungszeitraum	148
6.3	Vorsteuerabzugsberechtigung	149
6.4	Generell ausgeschlossene zuwendungsfähige Ausgaben	151
6.5	Kalkulatorische Ansätze	151
6.6	Fiktive Ausgaben	152
6.7	Ausgaben bei Interessenvermischung	153
6.8	Bewirtungsausgaben, Alkohol, Geschenke	154
6.9	Zuwendungen auf Kostenbasis	155
7.	Enger oder weiter Ansatz bei zuwendungsfähigen Ausgaben	156
7.1	Grundsatzentscheidung	157
7.2	Enger Ansatz (ohne Grundausstattung)	157

7.3	Begründung für Vollfinanzierung	158
7.4	Finanzierung von Ersatzkräften	159
7.5	Weiter Ansatz (mit Grundausstattung)	159
8.	Pauschalen	160
8.1	Soll-Vorschrift	160
8.2	Vereinfachung durch Standardisierung	162
8.3	Bemessung von Pauschalen	162
8.4	Pauschale als Zuschlag	164
8.5	Regelmäßige Überprüfung	165
8.6	Gefahr der Doppelabrechnung	165
9.	Die Prüfung des Zuwendungsantrags	165
9.1	Bedeutung der Antragsprüfung	165
9.2	Strukturierter Prozess	166
9.3	Interessenbekundungsverfahren	166
10.	Inhaltlich-fachliche Prüfung	168
10.1	Prinzip der Bestenauslese bei Projektförderungen	168
10.2	Nutzwertanalysen	169
10.3	Durchführung der Nutzwertanalyse	170
10.4	Gefahren der Nutzwertanalyse	170
10.5	Beispiel für eine Nutzwertanalyse	171
10.6	Beteiligung von externen Gutachtern oder Auswahl- gremien (Jurys)	172
10.7	Inhaltlich-fachliche Prüfung bei institutionellen Förderungen	174
10.8	Einfache Förderungen	174
11.	Formulierung des Förderziels	174
11.1	Grundsätzliches	175
11.2	SMART-Konzept der Zieldefinition	175
11.3	Merkmal „spezifisch“	176
11.4	Merkmal „messbar“	176

11.5	Merkmal „angemessen“	177
11.6	Merkmal „realistisch“	178
11.7	Merkmal „terminiert“	179
11.8	Mitwirkung des Antragstellers	180
11.9	Dokumentation der Zielbestimmung	180
11.10	Beispiele für smarte Förderziele	181
11.11	Einfache Förderungen	182
11.12	Bindung des Zuwendungsempfängers an das Förderziel	183
11.13	Absehen von der Bindung des Zuwendungsempfängers an das Förderziel	184
12.	Feststellung der zuwendungsfähigen Ausgaben	185
12.1	Minimalprinzip	186
12.2	Durchführung der Prüfung	186
12.3	Höchstgrenzen für zuwendungsfähige Ausgaben	189
12.4	Mindestgrenzen für zuwendungsfähige Ausgaben	189
13.	Ordnungsgemäße Geschäftsführung, Bonität und Nachhaltigkeit	190
13.1	Ordnungsgemäße Geschäftsführung	190
13.2	Bonität	193
13.3	Nachhaltigkeit der Förderung	194
14.	Bemessung der Höhe der Zuwendung	195
14.1	Zuwendungsfähige Ausgaben als Grundlage	195
14.2	Fehlbedarfsfinanzierung	196
14.3	Berechnung des Fehlbedarfs	196
14.4	Einnahmen und Drittmittel	196
14.5	Eigenmittel des Zuwendungsempfängers	197
14.6	Eingeschränkte Anwendung der Fehlbedarfs- finanzierung	199
14.7	Anteilfinanzierung	200
14.8	Interesse von Zuwendungsempfänger und Zuwendungs- geber	200

14.9	Festbetragsfinanzierung	202
14.10	Vollfinanzierung	203
14.11	Festsetzung der Zuwendung als Höchstbetrag	203
15.	Ergebnis der Antragsprüfung	204
15.1	Bewilligung oder Ablehnung	204
15.2	Dokumentationspflicht	204
15.3	Inhalt des Vermerkes	205
16.	Die Bewilligung der Zuwendung	206
16.1	Zuwendungsbescheid	206
16.2	Zuwendungsvertrag	208
16.3	Objektiver Empfängerhorizont	209
16.4	Beispiel für einen Zuwendungsbescheid	210
16.5	Haupt- und Nebenbestimmungen im Zuwendungsbescheid	213
16.6	Allgemeine Nebenbestimmungen	214
16.7	Besondere Nebenbestimmungen	217
16a.	Die Ablehnung des Zuwendungsantrags	219
17.	Die Auszahlung der Zuwendung	222
17.1	Grundsätzlich	222
17.2	Voraussetzung bestandskräftiger Bescheid	222
17.3	Reihenfolge der Inanspruchnahme	223
17.4	Auszahlung nur für fällige Zahlungen	224
17.5	Ratenweise Auszahlung zur alsbaldigen Verwendung	225
17.6	Taggenaue Auszahlung im Abrufverfahren (nur Bund)	225
17.7	Längere Vorauszahlung im Anforderungsverfahren (Bund und Länder)	226
17.8	Anforderungsverfahren beim Bund	227
17.9	Anforderungsverfahren bei den Ländern	229
17.10	Anforderung der Zuwendung über den Jahreswechsel hinaus	229
17.11	Berechnung der Frist zur alsbaldigen Verwendung	229

17.12	Auszahlungsverfahren bei institutioneller Förderung	230
17.13	Mitteilungspflicht bei nicht alsbaldiger Verwendung	230
17.14	Widerrufsmöglichkeit des Zuwendungsbescheids bei nicht alsbaldiger Verwendung	231
17.15	Verzinsung bei nicht alsbaldiger Verwendung	232
17.16	Verzinsungsmöglichkeit bei Abweichung von der Reihenfolge der Inanspruchnahme	233
17.17	Widerruf des Zuwendungsbescheids nach Verzinsung	233
17.18	Übersicht über das Auszahlungsverfahren	234
17.19	Nachgängige Auszahlung der Zuwendung	235
18.	Zwischennachweis bei Projektförderungen	236
18.1	Funktion des Zwischennachweises	236
18.2	Bestandteile des Zwischennachweises	237
18.3	Vorlage des Zwischennachweises	237
18.4	Monitoring	237
18.5	Widerrufsmöglichkeiten laufender Förderungen	238
19.	Verwendungsnachweis	240
19.1	Funktion des Verwendungsnachweises	240
19.2	Spiegelbildlichkeit des Verwendungsnachweises	241
19.3	Inhalt des Sachberichts	241
19.4	Sachbericht bei Projektförderungen	242
19.5	Sachbericht beim Zwischennachweis	242
19.6	Sachbericht bei institutioneller Förderung	243
19.7	Förderung von Baumaßnahmen	243
19.8	Beispiel für einen spiegelbildlichen Sachbericht	243
19.9	Inhalt und Struktur des zahlenmäßigen Nachweises	244
19.10	Zahlenmäßiger Nachweis bei Projektförderungen des Bundes	245
19.11	Zahlenmäßiger Nachweis bei Projektförderungen der Länder	245

19.12	Zahlenmäßiger Nachweis beim Zwischennachweis (Bund und Länder)	245
19.13	Zahlenmäßiger Nachweis bei institutionellen Förderungen	246
19.14	Zahlenmäßiger Nachweis bei Förderungen an Gebietskörperschaften	246
19.15	Zahlenmäßiger Nachweis bei Förderungen auf Kostenbasis	246
19.16	Beispiel für den zahlenmäßigen Nachweis einer Projektförderung (Bund)	247
19.17	Beispiel für die Belegliste einer Projektförderung (Bund)	251
19.18	Einfacher Verwendungsnachweis	251
19.19	Verwendungsbestätigung	252
19.20	Belege	253
20.	Die Vorlage des Verwendungsnachweises	254
20.1	Materieller Begriffsinhalt	255
20.2	Vorlagefrist bei Projektförderungen	255
20.3	Vereinfachung des Fristbeginns in der Praxis	256
20.4	Abweichende Frist bei Förderungen an Gebietskörper- schaften	256
20.5	Vorlagefrist bei institutionellen Förderungen	257
20.6	Abweichende Fristsetzung	257
20.7	Mängelfeststellungen der Rechnungshöfe	258
20.8	Erzwingung der Vorlage	258
20.9	Möglichkeit 1: Widerruf des Zuwendungsbescheids	258
20.10	Möglichkeit 2: Auszahlungsstopp	259
20.11	Möglichkeit 3: Einbehaltung einer Schlussrate	260
20.12	Möglichkeit 4: Nachträgliche Auszahlung der gesamten Zuwendung	261
20.13	Gewährung von Fristverlängerungen	261

21.	Die Prüfung des Verwendungsnachweises	261
21.1	Pflichtaufgabe	262
21.2	Unterschiedliche Regelungsdichte bei Bund und Ländern	262
21.3	Bewilligungsbehörde als prüfende Stelle	263
21.4	Beauftragter als prüfende Stelle	263
21.5	Prüfende Stelle bei gemeinsamen Förderungen	264
21.6	Regelung im Zuwendungsbescheid zur prüfenden Stelle	265
21.7	Zweistufiges Prüfungsverfahren beim Bund	266
21.8	Kursorische Prüfung auf der ersten Stufe	267
21.9	Durchführung der Prüfung	267
21.10	Abschluss der kursorischen Prüfung	268
21.11	Übergang zur vertieften Prüfung	269
21.12	Abgrenzung der kursorischen zur vertieften Prüfung	269
21.13	Auswahl der vertieft zu prüfenden Nachweise	270
21.14	Gewinnung von Stichproben	270
21.15	Anhörung des Bundesrechnungshofes	271
21.16	Ausnahmen vom Stichprobenverfahren	272
21.17	Durchführung der vertieften Prüfung	272
21.18	Vorlage der Belege, Auskunftspflicht	273
21.19	Stichprobe in der Stichprobe	273
21.20	Prüffragen für den Sachbericht	274
21.21	Prüffragen für den zahlenmäßigen Nachweis und die Belegliste	274
21.22	Prüfung des Verwendungsnachweises bei institutioneller Förderung	276
21.23	Prüfung des Sachberichts	277
21.24	Prüfung des Jahresabschlusses	277
21.25	Prüfung der Vermögensrechnung	278
21.26	Beauftragung von Wirtschaftsprüfern	279
21.27	Fristen für die Verwendungsnachweisprüfung	280
21.28	Zeitliche Vorgaben beim Bund	281

21.29	Stopp neuer Bewilligungen	282
21.30	Stopp laufender Auszahlungen	283
21.31	Vermerk über die Verwendungsnachweisprüfung	283
21.32	Vermerk bei der kursorischen Prüfung	284
21.33	Vermerk bei der vertieften Prüfung	284
21.34	Gemeinsame Förderung oder Beauftragung eines Dritten	286
21.35	Beispiel für einen Prüfungsvermerk – vertiefte Prüfung Projektförderung	286
21.36	Abschluss des Zuwendungsverfahrens gegenüber dem Zuwendungsempfänger	291
21.37	Prüfergebnis ohne Beanstandungen	291
21.38	Prüfungsergebnis mit Folgerungen	292
21.39	Besonderheit bei vorläufigen Zuwendungsbescheiden	292
22.	Erfolgskontrolle bei Zuwendungen	292
22.1	Rechtliche Vorgabe	293
22.2	Methodik	294
22.3	Abgestufte Erfolgskontrolle bei Zuwendungen	297
22.4	Erfolgskontrolle als eigenständige Prüfung	298
22.5	Konsequenzen für den Zuwendungsempfänger bei nicht erreichtem Förderziel	298
22.6	Konsequenzen für die Bewilligungsbehörde bei nicht erreichtem Förderziel	298
23.	Wegfall des Zuwendungsanspruchs	299
23.1	Fallvarianten für den Wegfall des Zuwendungs- anspruchs	299
23.2	Paradigmenwechsel: Keine automatische Unwirksamkeit des Zuwendungsbescheids bei Finanzierungs- verbesserungen	300
24.	Rücknahme rechtswidriger Zuwendungsbescheide	302
24.1	Grundsätzliche Rücknahmemöglichkeit	302
24.2	Begriff der Rechtswidrigkeit	303
24.3	Einschränkung der Rücknahmemöglichkeit bei schutzwürdigem Vertrauen	305

24.4	Vorliegen schutzwürdigen Vertrauens	306
24.5	Ermessensausübung beim nicht vom Vertrauensschutz umfassten Teil der Zuwendung	307
24.6	Von vornherein kein schutzwürdiges Vertrauen, Ermessenslenkung	310
25.	Widerruf rechtmäßiger Zuwendungsbescheide	311
25.1	Grundsätzliche Widerrufsmöglichkeit	312
25.2	Nicht zweckentsprechende Verwendung	313
25.3	Unwirtschaftliche Verwendung der Zuwendung	316
25.4	Nicht alsbaldige Verwendung	318
25.5	Nicht mehr zweckentsprechende Verwendung	319
25.6	Auflagenverstöße	320
25.7	Umfang des Widerrufs	320
25.8	Zeitlicher Umfang des Widerrufs	320
25.9	Betragsmäßiger Umfang des Widerrufs	321
25.10	Ermessensausübung	322
25.11	Bagatellgrenzen für Rücknahme und Widerruf	323
26.	Frist für die Rücknahme oder den Widerruf	325
26.1	Jahresfrist, Entscheidungsfrist	325
26.2	Beginn des Fristlaufs	326
26.3	„Tatsachen“	327
26.4	Dokumentationserfordernis bei der Prüfung des Verwendungsnachweises	328
26.5	Keine Geltung der Jahresfrist	328
27.	Korrektur von Finanzierungsverbesserungen – Unwirksamkeit des Zuwendungsbescheids	329
27.1	Finanzierungsverbesserungen	329
27.2	Ermäßigungsklausel in den Allgemeinen Neben- bestimmungen	330
27.3	Fehlbedarfs- und Vollfinanzierung	331
27.4	Anteilfinanzierung	331
27.5	Festbetragsfinanzierung	332

27.6	Keine Verrechnung zwischen Einnahmenreduzierungen und Ausgabenermäßigungen	333
27.7	Bagatellgrenze	333
27.8	Auswirkung der Finanzierungsart auf die Ermäßigung der Zuwendung im Hinblick auf die Ermäßigungsklausel	335
27.9	Früheres Verständnis der Ermäßigungsklausel als auflösende Bedingung	336
27.10	Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts zur Ermäßigungsklausel	336
27.11	Lösung für die Bewilligungsbehörden bei bereits erlassenen Zuwendungsbescheiden	337
28.	Korrektur von Finanzierungsverbesserungen – alternativ: endgültige Festsetzung der Zuwendung	340
28.1	Wirkungsgleicher Einsatz der Ermäßigungsklausel	341
28.2	Übertragung auf Zuwendungsbescheide	342
28.3	Zügige Prüfung und Schlussbescheid	343
28.4	Abschließende Festsetzung der Höhe der Förderung	344
28.5	Gemeinsame Förderungen von Bund und Ländern	345
29.	Erstattung der Zuwendung	346
29.1	Grundsatz	346
29.2	Umfang der Erstattung	347
29.3	Entreicherung	347
29.4	Verjährung des Erstattungsanspruchs	349
30.	Sonstige verwaltungsrechtliche Anforderungen	350
30.1	Schriftliche Festsetzung	350
30.2	Anhörung des Zuwendungsempfängers	350
30.3	Begründung des Verwaltungsakts	352
31.	Verzinsung des Erstattungsbetrags	353
31.1	Grundsätzliche Zinspflicht	353
31.2	Variabler Zinssatz	353

31.3	Zinsberechnung	354
31.4	Beginn des Verzinsungszeitraums, Fristberechnung	354
31.5	Ende des Verzinsungszeitraums	355
31.6	Absehen vom Zinsanspruch	356
31.7	Abweichungen in Ländern	358
31.8	Bagatellfälle	358
31.9	Elektronische Hilfe „zins-Online“	359
32.	Verzinsung bei nicht alsbaldiger Verwendung	359
32.1	Grundsatz	360
32.2	Tatbestand „nicht alsbaldiger Verwendung“	360
32.3	Ermessensentscheidung	360
32.4	Gleiche Regelungen wie bei Erstattungszinsen	361
32.5	Beginn und Ende des Verzinsungszeitraums	361
32.6	Abweichen von der Reihenfolge der Inanspruchnahme der Deckungsmittel	362
III.	Einzelfragen	363
1.	Das zuwendungsrechtliche Ermessen	366
1.1	Begriff des Ermessens	366
1.2	Entschließungs- und Auswahlermessen	366
1.3	Zweck des zuwendungsrechtlichen Ermessens	367
1.4	Intendiertes Ermessen	368
1.5	Ermessensfehler	369
2.	Änderung von Zuwendungsbescheiden	371
2.1	Formelle und materielle Bestandskraft	371
2.2	Änderungen zulasten des Zuwendungsempfängers	372
2.3	Änderungen zugunsten des Zuwendungsempfängers	373
2.4	Nachbewilligung oder Aufstockung der Zuwendung	374
2.5	Form der Änderung	376

3.	Möglichkeiten zur Abweichung von Verwaltungsvorschriften	376
3.1	Generelle Abweichungsmöglichkeiten	377
3.2	Abweichungsmöglichkeiten in Einzelfällen	378
3.3	Abweichungen zulasten von Zuwendungsempfängern	378
3.4	Abweichungsmöglichkeiten bei gemeinsamen Förderungen	378
4.	Der vorzeitige Maßnahmenbeginn	379
4.1	Grundsatz	379
4.2	Rechtswidrigkeit der Förderung begonnener Maßnahmen	380
4.3	Definition des Maßnahmenbeginns	381
4.4	Zulassung einer Ausnahme vom Verbot	384
4.5	Stufenweiser Entscheidungsprozess	384
4.6	Bereits weitgehend abgeschlossene Prüfung des Zuwendungsantrags	386
4.7	Sich wiederholende Förderungen	387
4.8	Bereits begonnene oder abgeschlossene Maßnahmen	387
4.9	Zulassung des vorzeitigen Maßnahmenbeginns durch Verwaltungsakt	388
4.10	Rückwirkende spätere Bewilligung der Förderung	388
5.	Das Besserstellungsverbot	389
5.1	Grundsatz	389
5.2	Auflage an die Zuwendungsempfänger	390
5.3	Geltungsbereich des Besserstellungsverbots	391
5.4	Umfang des Besserstellungsverbots	393
5.5	Gesamtschau der Leistungen	395
5.6	Nichteinhaltung des Besserstellungsverbots	396
5.7	Gemeinsame Förderungen von Bund und Ländern	396
5.8	Ausnahmen vom Besserstellungsverbot	397

6.	Die Anwendung des öffentlichen Vergaberechts durch Zuwendungsempfänger	398
6.1	Anwendungsfälle	398
6.2	Anzuwendende Vergabevorschriften	400
6.3	Inhalt der UVgO	401
6.4	Konsequenzen von Vergaberechtsverstößen	401
6.5	Möglichkeit der individuellen Befreiung von der Anwendung des Vergaberechts	405
6.6	Keine Verpflichtung zur Anwendung des Vergaberechts nach den ANBest	407
7.	Weiterleitung von Zuwendungen	408
7.1	Grundsätzliches	408
7.2	Anwendungsfälle für die Weiterleitung	409
7.3	Abgrenzung der Weiterleitung vom Auftrag	411
7.4	Zulassung der Weiterleitung	413
7.5	Der Weiterleitende als Zuwendungsgeber	414
7.6	Haftung des Weiterleitenden	415
7.7	Handlungsformen des Weiterleitenden gegenüber dem Empfänger der Weiterleitung	416
7.8	Als baldige Verwendung der Zuwendung bei der Weiterleitung	416
7.9	Auswahl und Kontrolle des Weiterleitenden durch die Bewilligungsbehörde	418
7.10	Durchgriff der Bewilligungsbehörde auf den Empfänger der Weiterleitung	420
7.11	Zusammenfassende Bewertung der Weiterleitung	421
8.	EU-Beihilferecht	422
8.1	Grundsätzliches	422
8.2	Begriff der staatlichen Beihilfe nach dem EU-Recht	423
8.3	Leistungen, die wegen ihres lokalen Charakters keine Beihilfen sind	426
8.4	Ausnahmen vom Verbot staatlicher Beihilfen	428
8.5	Notifizierung und Genehmigung von Beihilfen	430

8.6	Beihilfen, die ohne Notifizierung und Genehmigung gewährt werden dürfen	431
8.7	Rückforderung von Beihilfen, die nicht mit EU-Recht vereinbar sind	438
9.	Förderungen aus EU-Mitteln	440
9.1	EU-Fonds	440
9.2	Prinzip der geteilten Mittelverwaltung	441
9.3	Behörden zur Programmadministration	445
9.4	Veröffentlichung der Zuwendungsempfänger	446
9.5	Widerruf von Zuwendungsbescheiden bei Verstößen gegen Vorgaben der EU zur Mittelverwendung	447
9.6	Pauschalsätze für Finanzkorrekturen bei Verstößen gegen das Vergaberecht	448
10.	Die Prüfung durch die Rechnungshöfe	449
10.1	Prüfungszuständigkeit	450
10.2	Prüfungsmaßstab	450
10.3	Auskunfts- und Vorlagepflichten	451
10.4	Prüfungsdurchführung	452
IV.	Literaturverzeichnis	453
V.	Stichwortverzeichnis	456